

Eichenberger

Bessere
Landwirtschaftspolitik

Der Bundesrat will den Import von Agrarprodukten ab 2022 erleichtern. Die Bauernverbände laufen schon jetzt dagegen Sturm. Dazu sieben Anmerkungen:

1. Die Landwirtschaft leistet viel für die Landschaftspflege und unsere Ernährung. Aber: Das würde sie auch mit offeneren Märkten und kleineren Subventionen tun. Dann würde gleich viel Fläche wie heute bewirtschaftet, aber durch grössere Betriebe und weniger intensiv.

2. Die heutige Landwirtschaftspolitik ist enorm teuer. Jährlich belastet sie den Bund und die Kantone mit rund 4 Milliarden Franken, davon 2,8 Milliarden Direktzahlungen. Der Grenzschutz erhöht die Verkaufspreise der Bauern gemäss OECD um weitere 2 Milliarden Franken. Zudem erschwert er es ausländischen Detailhandelsketten, in der Schweiz als starke Wettbewerber aufzutreten, und er behindert den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen. Dadurch ist er eine wichtige Ursache der «Hochpreisinsel Schweiz», was die Konsumenten viele weitere Milliarden Franken kostet.

3. Die offizielle Statistik rechnet die Bauern arm. 2015 betrug das wohl wichtigste Einkommensmass, der mittlere jährliche Arbeitsverdienst pro

ganze Familienarbeitskraft, angeblich nur 44570 Franken. Was die Zahl bedeutet, illustrieren die öffentlich kaum diskutierten Daten zur Verteilung der bäuerlichen Einkommen. Das jährliche Durchschnittseinkommen des schlecht verdienenden Viertels betrug lediglich 13874 Franken. Normale Menschen könnten damit kaum überleben.

«Normale Menschen könnten damit in der Schweiz kaum überleben»

Hingegen verdiente das obere Viertel in der Talregion durchschnittlich 106035 Franken und damit weit mehr als die meisten Subventionszahler. Was solche Einkommen real bedeuten, kann man nur erahnen.

4. Das «Bauernsterben» ist weitgehend eine Mär. In keiner anderen Branche treten mehr Kinder beruflich in die Fussstapfen ihrer Eltern. Betriebe verschwinden, wenn ihre Leiter in Pension gehen, keine Nachfolger haben und an andere Bauern verkaufen.

5. Es gilt, die Landwirtschaftspolitik neu auszurichten. Die Märkte müssen geöffnet, die Direktzahlungen gesenkt, und den Bauern muss mehr unternehmerischer Freiraum gewährt werden. Langfristig wäre das auch für die Bauern gut. Direktzahlungen sollten nur für Leistungen fliessen, die ohne Subventionen nicht erbracht werden – insbesondere in der Berglandwirtschaft sowie für echte ökologische Zusatzleistungen.

6. Mit Importerleichterungen und Subventionskürzungen würde die Umstrukturierung der Landwirtschaft beschleunigt. Betriebsaufgaben durch die einen Bauern erlauben es den anderen, ihre Betriebe zu vergrössern und als freiere Unternehmer mit noch mehr Berufsfreude ebenso gut wie heute zu verdienen.

7. Entscheidend bleibt, wie genau der Reformprozess ausgestaltet wird. Die langfristigen Gewinne für die Konsumenten und Steuerzahler wären sehr viel grösser als die Verluste der Bauern. Folglich könnten diejenigen Bauern, die unter dem Wegfall der Subventionen stark leiden und ihren Betrieb aufgeben oder umstellen müssen, grosszügig entschädigt werden. Dafür sollten nun schnell faire Verfahren entwickelt werden.

Prof. Dr. Reiner Eichenberger ist Ordinarius für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg (Schweiz) und Forschungsdirektor von Crema (Center for Research in Economics, Management and the Arts)

Die andere Sicht von Peter Schneider



Der inzwischen abgesetzte katalanische Präsident Puigdemont und seine Anhänger nach der Verkündung der Unabhängigkeit: «Vereint euch, Söhne von Rauracie» (die Rauriker waren Kelten, die zur Römerzeit im Jura lebten)

Foto: Keystone

Kein guter Zug,
Herr Meyer

Denis von Burg über den SBB-Chef, der nicht als Verwaltungsratspräsident von SBB Cargo zurücktreten will

Warum, so fragt man sich, weigert sich SBB-Chef Andreas Meyer, das Verwaltungsratspräsidium von SBB Cargo zeitnah aufzugeben? Fürchtet er Lohneinbussen? Die Entschädigung dürfte, gemessen an seinem Lohn von über einer Million Franken, nicht wahnsinnig sein. Stört ihn der Imageverlust? Oder will er Wachhund spielen, damit Cargo im SBB-Konzern keine Ansprüche stellt, welche die Interessen seines Personenverkehrs tangieren könnten?

Unklug ist Meyers Verhalten allemal. Der Bundesrat wollte ihm mit dem Rückzug aus dem Verwaltungsrat von Cargo eine Brücke bauen, damit er Cargo langfristig

Denis von Burg,
Politiker



in den SBB halten kann. Meyer bockt und will den Rückzug mindestens verschleppen. Der macht-bewusste Manager merkt nicht, dass er damit riskiert, Cargo ganz zu verspielen.

Dem mit übergrössem Selbstbewusstsein ausgestatteten Bahnmanager geht die notwendige – politische – Sensibilität ab. Das fing im Kleinen an, als er für sich und seine Familie ein gratis Hunde-GA verlangte und so einen kleinen Skandal produzierte. Mit seinen selbstherrlichen Auftritten verspielt er nicht nur seinen eigenen Kredit, sondern schadet auch den SBB: Unbedingt wollte er einen Lohn von über einer Million,

um sich zum Club der Grossverdiener zu zählen. Meyer hat nicht verstanden, dass er sich als Chef einer «Volksbahn» nicht leisten kann. Der Imageverlust für ihn selbst und für die SBB war enorm. Die Globalkonzession für den Fernverkehr glaubte er mit Drohungen und gar einem Erpressungsversuch im Kanton Bern retten zu können. Jetzt kann die Behörde gar nicht mehr anders, als der BLS Strecken zuzusprechen.

Meyer spricht immer davon, die SBB als grosse nationale Bahn zu erhalten. In Tat und Wahrheit geht es ihm aber offensichtlich um den eigenen Einfluss. Das ist sein Problem. **Schweiz — 5**

Tatort.ch

Die drei Affen

Eine Frau wurde in der vergangenen Woche tot in ihrer Wohnung aufgefunden. Ihr Ehemann ist zusammen mit dem gemeinsamen Kind verschwunden. Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln in alle Richtungen. Weitere Informationen der Strafbehörden werden bei Vorliegen von gesicherten Erkenntnissen erfolgen. Solche oder ähnliche Medienmitteilungen der Polizei sind nicht selten. Anders reagieren oft Nachbarn und Menschen aus dem Umfeld der Getöteten, die bis anhin geschwiegen hatten. Ihre Stunde schlägt bereits unmittelbar nach dem Leichenfund. In den Medien berichten sie über frühere Streitereien, von Schlägen in der Wohnung und von lautstarken Auseinandersetzungen im Freien. Der Mann sei aggressiv gewesen, die Frau habe deprimiert gewirkt.

Es stellt sich unweigerlich die Frage, ob ein solches Drama durch frühere Hinweise der Nachbarn zuhänden der Kesk oder der Polizei hätte verhindert werden können. Die Beant-

wortung dieser Frage muss letztlich offen bleiben. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass eine behördliche Ansprache einer gewalttätigen Person und geeignete Massnahmen sehr wohl präventiv wirken können – eine reelle Chance, die spätere Tötung eines Menschen zu verhindern.

Weshalb schweigen Nachbarn und Umfeld trotz gehörter oder gesehener Gewalttätigkeiten? «Das geht uns nichts an. Das ist Privatsache.» «Wir sind doch keine Spitzel und Denunzianten.» «Möglicherweise täuschen wir uns.» «Das Ganze ist wohl nicht so schlimm, Streit gibt es in vielen Beziehungen.» «Mit einem solchen Ende haben wir nie gerechnet.» Vielleicht ist es letztlich bloss Mutlosigkeit oder Feigheit. Und das Kind – auch Opfer – wird nicht in die Überlegungen einbezogen. Die Nachbarn halten sich offensichtlich an das auf Konfuzius (551–479 v.Chr.) zurückgehende Sprichwort von den drei Affen, einer sittlichen Anleitung im Umgang mit dem Schlechten:

nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Je nach Motivation und konkreten Feststellungen kann das Schweigen der Nachbarn nachvollziehbar und moralisch nicht zu verurteilen sein. Sofern nicht einfach verdrängt, stellt sich beim gewaltsamen Tod eines Menschen im Nachhinein indessen für die einst Schweigenden die Frage: Was wäre, wenn frühzeitig eine Information erfolgt wäre?

Heute sind die mit Psychiatrie und Psychologie vernetzten Behörden in Prävention geschult, und rechtzeitige Hinweise dienen mit erheblicher Wahrscheinlichkeit der Verhinderung von Gewalteskalationen. Es sollte daher in Abwandlung des Zitates der drei Affen gelten: Wer sieht, wer hört, der soll auch sprechen.

Andreas Brunner war Leitender Oberstaatsanwalt des Kantons Zürich. Er schreibt einmal im Monat über Themen des Strafrechts